

United States of Dollars



Inter Nr. 64, Thema: Reichtum



Alles meins: Die Fotografin Lauren Greenfield hat über Jahre reiche US-Amerikaner in ihrem privaten Umfeld fotografiert. Der Zugang war gar nicht so leicht. Aber es hat sich gelohnt



Abschlag im Wohnzimmer: Das Golfspielen gehört nach wie vor zu den exklusiveren Sportarten

In einer der ältesten Demokratien der Welt wird Politik ganz im Sinne ihrer wohlhabendsten Bürger gemacht. Wie superreiche US-Amerikaner dem Land ihre politische Agenda aufdrücken



Von Juliane Frisse

→ Im Januar 2015 kündigten die Brüder Charles und David Koch an, fast 900 Millionen Dollar, umgerechnet etwa 760 Millionen Euro, für den US-Wahlkampf 2016 spenden zu wollen: eine kleine Geldspritze für Kandidaten der Republikanischen Partei. Doch bei aller Großzügigkeit – Fans der Republikaner sind die Koch-Brüder nicht. Im amerikanischen Fernsehen definierte der ältere Bruder Charles sein Verhältnis zur Partei folgendermaßen: „Ich sehe das so: Die Demokraten fahren mit 160 Sachen über die finanzielle Klippe in eine kaputte Gesellschaft, die Republikaner fahren nur 110.“

Die politischen Vorstellungen der Kochs lassen sich auch so zusammenfassen: Der Staat soll sich raushalten. Sie halten nichts von einer allgemeinen Krankenversicherung oder einem Mindestlohn, sie wollen weniger Steuern und keine Umweltschutzauflagen – denn die stören nur ihr Geschäft.

Die Brüder aus Kansas sind Eigentümer von Koch Industries, dem zweitgrößten Privatunternehmen der USA. Zum Konzern gehören Chemiefabriken und Rinderfarmen, Ö Raffinerien und Tausende Kilometer Pipelines; etwa 120.000 Mitarbeiter stellen von Asphalt über Dünger bis Klopapier eine Unzahl an Produkten her. Mit einem geschätzten Vermögen von jeweils über 41 Milliarden Euro zählen Charles und David Koch zu den reichsten Menschen der Welt. Und sie nutzen ihr Geld, um die USA gemäß ihrer libertären Agenda zu formen – längst nicht nur mit großzügigen Wahlkampfspenden.

Seit den 1970er-Jahren haben die Kochs ein riesiges Netzwerk aufgebaut, das ihre marktradikalen Ideen weiterverbreitet. Kritiker nennen das unübersichtliche Geflecht aus Lobbygruppen, Thinktanks, gesponserten Lehrstühlen, Stiftungen und Vereinen den „Kochtopus“, also einen Oktopus. Der eine Tentakel baut politische Aktivisten auf – die Kochs haben Mil-

lionen in die rechte Tea-Party-Bewegung gepumpt –, der andere Tentakel produziert Forschungsergebnisse, die ihnen nützen. Die Kochs haben es so nicht nur geschafft, Zweifel an der Existenz des menschengemachten Klimawandels zu säen, sondern schließlich auch mit dazu beigetragen, dass sich die USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zurückziehen. Über die Jahre haben sich die Republikanische Partei und die Koch-Brüder immer weiter angenähert.

Sie sind längst nicht die einzigen Amerikaner, die mit ihrem Reichtum politischen Einfluss ausüben. Doch in ihrer Dimension ist die Einflussnahme der Koch-Brüder einzigartig, eine vergleichbare Organisation aufseiten der Demokraten gibt es nicht. Überhaupt unterstützen die meisten Multimillionäre und Milliardäre eher die Republikaner. Allerdings haben auch die Demokraten äußerst wohlhabende Großspender, etwa den Investor George Soros.

Viel vom Geld der Superreichen fließt in die Wahlkämpfe. Zwar darf in den USA niemand einen Kandidaten direkt mit mehr als 2.700 Dollar pro Wahl unterstützen. Doch der Oberste Gerichtshof hat die Regeln in den vergangenen Jahren mit mehreren umstrittenen Urteilen immer weiter gelockert. Auch Spenden, so die Argumentation der Richter, seien eine Form der freien Meinungsäußerung. Die Folge: Wer einen Kandidaten oder ein Thema unterstützen will, gibt Millionen an die sogenannten Super-PACs, Spendensammelvereine mit klingenden Namen wie „Right to Rise“ oder „Make America Number 1“. Sie müssen offiziell unabhängig von den Kandidaten sein, für die sie Kampagnen machen, faktisch aber gibt es enge Verflechtungen.

Gleichzeitig ermöglichen die Super-PACs den reichen Groß Spendern, massiv für ihre Lieblingsthemen zu werben und so die politische Debatte zu prägen. Ihr Geld wird zum Megafon, mit dem sie die Stimmen anderer übertönen können – oder einander gegenseitig. Der Hedgefonds-Milliardär Tom Steyer beispielsweise verfolgte mit seinem mehr als 91 Millionen Dollar schweren Super-PAC vor allem das Ziel, dass

wieder über die Verantwortung des Menschen für den Klimawandel diskutiert wird – nachdem die Kochs viel dafür getan hatten, das Problem zu negieren.

Wie viel Macht Menschen mit viel Geld in der amerikanischen Politik haben, wird auch daran deutlich, wer eigentlich die wichtigen Ämter bekleidet. Präsident Donald Trump hat ein Kabinett der Millionäre und Milliardäre um sich geschart: Banker, Investoren, Hedgefonds-Manager. Als Trump im Dezember 2016 die ersten 17 Kandidaten für seine Regierung benannte, rechnete ein amerikanisches Online-Magazin aus, dass die Auserwählten insgesamt auf ein Vermögen von 9,5 Milliarden US-Dollar kommen. Das sei mehr, als die ärmsten 43 Millionen US-Haushalte zusammengekommen haben. Schon vor drei

Mein Haus, meine Frau, mein Thron:

männliche Inszenierung von Reichtum. Als die Fotografin erst mal da war, zeigten viele Reiche stolz ihr Hab und Gut



Die Abgeordneten im Kongress sind schon seit Langem wohlhabender als der Durchschnitt der Bevölkerung

Jahren zeigte das „Center for Responsive Politics“ zudem: Die Abgeordneten im Kongress sind seit Langem wesentlich wohlhabender als der durchschnittliche Amerikaner, und 2013 waren erstmals mehr als die Hälfte von ihnen Millionäre. Politiker der Demokraten waren im Schnitt sogar noch einen Tick reicher als die der Republikaner.

Werden die Interessen der Reichen von Reichen auch stärker berücksichtigt? Die Politikwissenschaftler Martin Gilens und Benjamin Page haben zwei Datensätze miteinander verglichen: einerseits knapp 1.800 Umfragen, in denen die Meinung der US-Amerikaner zu konkreten politischen Entscheidungen erhoben wurde; andererseits, wie Washington tatsächlich über diese Fragen entschieden hat. Es ging um Gesetzesvorhaben aus 20 Jahren US-Politik, ob zu Steuern, Bildung oder Umweltschutz. Mal regierte ein Präsident der Demokraten, mal ein Republikaner.

Das Ergebnis der beiden Wissenschaftler: Es ist völlig egal, was der amerikanische Durchschnittsverdiener über ein geplantes Gesetz denkt. Unabhängig davon, ob viele oder wenige Angehörige der Mittelschicht hinter einem Gesetz stehen, die Wahrscheinlichkeit, dass es verabschiedet wird, bleibt immer ungefähr gleich. Nicht egal dagegen: die Meinung der reichsten 10 Prozent der Amerikaner. Wenn sie ein Gesetz unterstützen, stehen die Chancen, dass es durchkommt, deutlich besser. Wenn sie ein Gesetz ablehnen, dann sagt auch der Kongress in mehr als vier von fünf Fällen in Washington Nein.

Dass die Amerikaner es bislang hingenommen haben oder gar unterstützen, dass sich Superreiche politischen Einfluss kaufen und Gesetze den Interessen der Wohlhabenden entsprechen, lässt sich wohl nur damit erklären, dass Reichtum – auch exzessiver Reichtum – in den USA viel positiver besetzt ist als in Deutschland. „Leute wie Bill Gates und Mark Zuckerberg sind amerikanische Helden, denen neidet fast niemand ihr Geld“, sagt Martin Klepper, Professor für amerikanischer Literatur und Kultur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Verantwortlich dafür sei der amerikanische Mythos vom *selfmade man*, also der unbedingte Glaube: Wer klug und tüchtig ist, der schafft es schon nach oben. Das traditionell gute Image der Reichen hat auch religiöse Wurzeln. Die Pilgerväter, die im 17. Jahrhundert auf dem Gebiet der heutigen USA siedelten, sahen Wohlstand als Beweis eines gottgefälligen Lebens.

Jahren zeigte das „Center for Responsive Politics“ zudem: Die Abgeordneten im Kongress sind seit Langem wesentlich wohlhabender als der durchschnittliche Amerikaner, und 2013 waren erstmals mehr als die Hälfte von ihnen Millionäre. Poli-

„Mein Gefühl ist aber, dass diese unbedingte Zustimmung zum Reichtum inzwischen bröckelt“, meint Klepper, „dass zunehmend kritisch hinterfragt wird, im Interesse welcher kleinen Gruppe da Politik gemacht wird.“ Denn jeder könne sehen, dass der Graben zwischen Arm und Reich in den USA immer größer wird. Tatsächlich findet mittlerweile eine überwältigende Mehrheit der Amerikaner, dass Geld im Wahlkampf eine zu große Rolle spielt und sich die Finanzierung der Kampagnen grundsätzlich verändern muss. Lawrence Lessig, ein Juraprofessor von der Harvard University, fordert seit Langem, den Einfluss der Großspender zu begrenzen. Einer seiner Vorschläge ist, dass jede Kleinspende aus Steuermitteln verdoppelt wird, damit sich Politiker vermehrt darum bemühen.

2015 kündigte er sogar seine Präsidentschaftskandidatur für die Demokraten an. Sollte er das Amt bekommen, so Lessig, würde er als Erstes die umstrittene Wahlkampffinanzierung ändern – und dann zurücktreten, schließlich sei damit die wichtigste Reform auf den Weg gebracht, um die USA vor den Superreichen zu retten. Ob das stimmt, wird man erst mal nicht erfahren. Wenige Monate später warf Lessig hin, und mit Donald Trump wurde später ein Liebling der Milliardäre Präsident. ←

Der Spross einer Industriedynastie: Susanne Klatten (55), reichste Frau Deutschlands

4/6



Susanne Klatten besitzt ein Vermögen von etwa 18,5 Milliarden Euro und ist damit die reichste Frau Deutschlands. In den Medien wird sie oft als „BMW-Erbin“ bezeichnet, aber das ist etwas vereinfachend dargestellt. In der Tat hat Klatten einen großen Teil ihres Vermögens von ihrem Vater, dem Industriellen Herbert Quandt, geerbt, der auch Anteile an BMW hielt. Doch die mit dem Wort „Erbin“ verbundene Vorstellung, hier würde jemand gemütlich das Geld der Eltern verjubeln, trügt: „Wenn man Mittel in dieser Höhe hat, muss man sich auch darum kümmern. Das ist ja nichts, was man ausgeben kann“, hat Klatten einmal gesagt. Sich kümmern bedeutet für sie: ein komplexes Netz von Beteiligungen nicht nur an BMW, sondern an mehreren anderen Industrieunternehmen managen, in verschiedenen Aufsichtsräten sitzen, sich über Stiftungen für gemeinnützige Zwecke einsetzen. Die Ausbildung dafür war nicht ohne: BWL-Studium in England und Erwerb eines MBA in der Schweiz, eine Lehre als Werbekauffrau und mehrere Praktika, wovon sie eines unter falschem Namen im „eigenen“ Unternehmen bei BMW absolvierte. Ein nicht ganz leichtes Erbe musste Susanne Klatten auch insofern antreten, als die Verstrickung des Quandt-Firmenimperiums mit dem NS-Regime immer wieder Anlass zu Kritik und Nachforschungen gegeben hat. Dass Reichtum außerdem eine Bürde sein kann, erfuhr sie im Jahr 2007, als sie Opfer einer Erpressung wurde.